

Ein historisch neues Paradigma

Zur Legitimität und Ausgestaltung internationaler Steuern

Peter Wahl

Steuern sind mehr als ein beliebiger Unterbereich der Volkswirtschaft. Sie stehen im Zentrum gesellschaftlicher Organisation. Denn Staatlichkeit beruht seit der Moderne auf zwei Säulen: das staatliche Gewaltmonopol, sowie die Fähigkeit des Staates, Steuern zu erheben und damit die Aufgaben des Gemeinwesens zu finanzieren. Steuern sind also ein zentrales Instrument, Gesellschaft zu strukturieren und auszugestalten. Natürlich sind sie in ihren Effekten gesellschaftspolitisch nicht neutral. Je nach Kräfteverhältnissen zwischen den sozialen Interessen können sie entweder Herrschafts- oder emanzipatorischen Interessen dienen.

Allerdings sind Steuern – ebenso wie das staatliche Gewaltmonopol – bisher an den Nationalstaat gebunden. Der Territorialstaat stellt dabei nicht nur das praktische Bedingungsgefüge, in dem bisher Steuern einzig funktionieren, sondern auch die Quelle ihrer demokratischen Legitimität.

Demokratische Legitimität von Steuern

Im demokratischen Nationalstaat wird die Legitimation von Steuern über die Verfahren der parlamentarischen Demokratie gewährleistet. Bereits die Erklärung der Bürger- und Menschenrechte von 1789 setzte die bis heute gültige Norm: *»Alle Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Abgeordneten die Notwendigkeit der öffentlichen Abgabe festzustellen, sie frei zu bewilligen, ihre Verwendung zu überprüfen und ihre Höhe, ihre Veranlagung, ihre Eintreibung und Dauer zu bestimmen.«* (Artikel 14) In einem kurzen Slogan, wie er in diesem Zusammenhang immer wieder zu hören ist, heißt das: *»No taxation, without representation.«*

Da bisher keine parlamentarische Repräsentation jenseits des Nationalstaates existiert,¹ gibt es im Sinne parlamentarischer Repräsentativität auch keine demokratische Legitimität internationaler Steuern. Das ist eine ernst zu nehmende Tatsache, mit der sich ein Plädoyer für internationale Besteuerung auseinandersetzen muss. Denn würde man dem Prinzip *»No taxation, without representation«* absolute Geltung zumessen, würde sich jede weitere Diskussion erübrigen.

Allerdings war auch die Globalisierung von der Demokratietheorie nicht vorgesehen. Denn der nationale Territorialstaat war damals – und ist bis heute – identisch mit dem gesellschaftlichen Raum der parlamentarischen Demokratie. Da mit der Globalisierung das Territorialprinzip durch die Transnationalisierung von Ökonomie und Kommunikation relativiert wird, hat dies auch beträchtliche Auswirkungen auf die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie (Habermas 1998)

Steuern und Globalisierung

Die Steuersysteme, die im 19. und 20. Jahrhundert entstanden, waren für die vergleichsweise geschlossene Volkswirtschaft des Nationalstaats konzipiert. Kapital und

Arbeit waren ungefähr gleichermaßen territorial gebunden. Die nationale Steuergesetzgebung konnte relativ problemlos die jeweilige Steuerbasis erfassen.

Mit der Globalisierung ist eine neue Situation entstanden. Deren ökonomischer Kern besteht darin, dass die nationalen Grenzen für die Bewegungen von Kapital, Gütern und Dienstleistungen zunehmend verschwinden. Die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und anderen Kapitalmarktregulierungen haben dazu geführt, dass kein anderer Produktionsfaktor so mobil wurde wie das Kapital. Die Faktormobilität der Arbeit ist dagegen weitaus geringer. Menschen sind nun einmal nicht so mobil wie Kapital.

Digitalisierung und Satellitenkommunikation haben es möglich gemacht, dass im Devisenhandel heute 1,9 Billionen US\$ pro Tag umgesetzt werden (BIZ 2005). Diese Prozesse lassen sich durch nationalstaatliche Maßnahmen immer weniger kontrollieren und regulieren. All dies hat auch weitreichende Konsequenzen für die an das Territorium des Nationalstaats gebundenen Steuersysteme.

Neue Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und -umgehung

Die Globalisierung eröffnet den transnational agierenden Unternehmen in neuer Weise die Möglichkeit, sich dem Zugriff nationaler Steuerverpflichtungen zu entziehen. Dadurch erodiert die Steuerbasis des Nationalstaates. Das funktioniert über verschiedene Mechanismen:

- Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte sind die Kapitalverkehrskontrollen auf Ebene des Nationalstaats weitgehend gefallen. In gleichem Maße sind die Möglichkeiten gewachsen, Finanztransfers, die der Steuerumgehung oder -hinterziehung dienen, vorzunehmen;
- Gleichzeitig betreiben die meisten Nationalstaaten auch aktiv die Senkung von Steuern auf Unternehmensgewinne, Kapitalerträge und große Vermögen. Um Kapital in die eigene Volkswirtschaft zu saugen, glauben die Regierungen, die »Standortattraktivität« auch dadurch erhöhen zu müssen, dass sie die Steuern für die Anleger senken. Es entsteht ein Steuersenkungswettbewerb, der oft in regelrechtes Steuerdumping ausartet;
- Transnationale Unternehmen verfügen über die Möglichkeit, Gewinne und Verluste jeweils auf solche Standorte zu verteilen, wo die günstigsten Steuerbedingungen bestehen;
- Durch Verfahren wie *transfer pricing* können sie zudem künstlich Gewinne oder Verluste erzeugen. Dies funktioniert z. B. so, dass eine Muttergesellschaft der Tochter für Zwischenprodukte, Dienstleistungen, Patente etc. entweder überhöhte oder zu geringe Preise in Rechnung stellt.
- Zusätzliche Anreize zur Steuervermeidung und Steuerhinterziehung entstehen durch die Offshore-Bankzentren bzw. Steuerparadiese (Giegold 2003))

Resultat ist, dass die Steuereinnahmen aus Unternehmens- und Vermögenssteuern wegbrechen. So sank in Deutschland der Anteil der Körperschaftssteuern zwischen 1965 und 2000 effektiv von 2,5% auf 1,8% des BIP (OECD 2003). Dies ist einer der Hauptgründe für die strukturelle Krise der Staatsfinanzen.

Steuergerechtigkeit – Voraussetzung für Legitimität von Steuern

Die globalisierungsbedingte Erosion der Steuereinnahmen von mobilem Kapital und Vermögen ist eine der Ursachen von Steuerungerechtigkeit. Denn anders als die Glo-

bal Players, transnationale Unternehmen und Besitzer von großen Geldvermögen verfügen die unteren und durchschnittlichen Einkommensgruppen nicht über die gleichen Möglichkeiten der Steuervermeidung.

Steuergerechtigkeit ist keine neue Idee (James/Wahlberg 2002). Auch sie ist bereits in der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte verankert und ist eine Voraussetzung für die Legitimität von Steuern. Dort heißt es in Artikel 13 zur Steuer: »Sie muss gleichmäßig auf alle Bürger unter Berücksichtigung ihrer Vermögensumstände verteilt werden.«

Neben der direkten Steuerhinterziehung oder – umgehung auf der Finanzierungs- bzw. Einnahmenseite ergeben sich aus den Folgen schrumpfender Steuereinnahmen aber auch weitere verteilungspolitisch relevante Probleme auf der Ausgabenseite:

- wenn die so genannten »Sparzwänge« zur Unterfinanzierung der sozialen und materiellen Infrastruktur führen, entsteht dadurch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden. Die intergenerationelle Gerechtigkeit wird auf diese Weise beeinträchtigt.
- auch für die gegenwärtigen Generationen entstehen verteilungspolitische Verwerfungen. Während Wohlhabende auf den Verfall der öffentlichen Infrastruktur mit dem Ausweichen auf hochwertige und hochpreisige Privatanbieter reagieren können, bleibt den unteren Einkommensgruppen diese Möglichkeit versperrt (Wahl 2005)

Neue Renditemöglichkeiten

Parallel zu den neuen Steuerproblemen des Nationalstaates hat die Globalisierung neue Quellen für unternehmerische Gewinne erschlossen. Ein Teil der neuen Gewinne lässt sich nach wie vor problemlos im nationalen Rahmen versteuern. Aber ein beträchtlicher Teil der renditeträchtigen Aktivitäten entzieht sich von seinem Charakter her dem nationalstaatlichen Zugriff. Dazu gehören vor allem:

- die über die globalen Finanzströme abgewickelte Arbitrage- und spekulativen Geschäfte. Infolge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte werden derzeit täglich ca. 1,9 Billionen US\$ Devisen rund um den Globus elektronisch transferiert. Durch die Ausnutzung von Wechselkursschwankungen, Zinsdifferenzen und Kursschwankungen von Aktien und anderen Wertpapieren ist ein neuer Typus von Renditemöglichkeiten entstanden. Selbst geringe Kursdifferenzen von einem Hundertstel Prozent werden beim Einsatz einer entsprechenden Finanzmasse zum Millionengeschäft;
- elektronischer Handel über das Internet mit virtuellen Gütern und Dienstleistungen. Das Internet macht die grenzüberschreitende Lieferung von Ton, Bildern und Texten auf kommerzieller Basis möglich. Dienstleistungen, die vorher an einen materiellen Datenträger (z. B. CD, Videokassette) gebunden und damit von Zoll- oder Steuerbehörden erfassbar waren, oder als personennahe Dienstleistungen die physische Anwesenheit des Erbringers und des Kunden erforderten, werden in wachsendem Maße per Internet bereitgestellt. Fernsehen, Film und Video on Demand, Musik, Nachrichten, Software und zahlreiche Beratungstätigkeiten bis hin zur medizinischen Ferndiagnose eröffnen neuartige Möglichkeiten, auf transnationalen Wegen Geld zu verdienen (WTO 1998);
- die bereits erwähnten Praktiken von TNCs, die Finanzbeziehungen zwischen Niederlassungen und Zentrale, zwischen Muttergesellschaft und Töchtern so zu gestalten, dass ein steuerlicher Zugriff sehr schwer ist;

- und die Praktiken von reichen Personen Vermögen und Kapitaleinkommen in Steueroasen zu deklarieren und anzulegen;
- die Externalisierung von ökologischen Kosten, die international bzw. global anfallen sowie die Belastung der Atmosphäre durch Emissionen. Hier sind es vor allem internationale Verkehrsträger (Flugzeuge, Schiffe), die ihren Besitzern Gewinne abwerfen, ohne dass der damit verbundene Verbrauch der Umwelt steuerlich einem Land zuzuordnen ist.

Wenn nun jemand auf diese Weise an der Globalisierung verdient, ist es nur logisch, die Gewinne daraus auch global zu versteuern und zur Finanzierung von Umwelt, Entwicklung und anderen globalen öffentlichen Gütern heranzuziehen. Der vom französischen Präsidenten in Auftrag gegebenen Landau-Report definiert daher z. B. eine internationale Besteuerung von TNCs als »*Gegengewicht, zu den Vorteilen, die ihnen die Globalisierung gewährt.*« (Landau 2004, 16)

Internationale Steuern

Die globalisierungsbedingte Erosion² der nationalstaatlichen Steuerbasis durch die o. g. Mechanismen ist nicht nur ein volkswirtschaftliches Problem, sondern trifft ins Zentrum moderner Staatlichkeit und Demokratie. Es geht ein Teil von demokratischer Souveränität verloren, da dem Souverän die materiellen Mittel zur Gestaltung des Gemeinwesens entzogen werden, ohne dass er gefragt würde.

Vor diesem Hintergrund erhalten internationale Steuern eine demokratische Legitimität, weil sie dem Souverän der Demokratie – den Bürgerinnen und Bürgern – ein Stück Souveränität und Spielraum zur Gestaltung seiner Lebensverhältnisse zurückzugeben und weil sie mehr Gerechtigkeit ermöglichen. Das ist zwar nicht die vollständige Lösung der Demokratieverluste, die die Globalisierung aufwirft, aber doch ein Moment von Demokratisierung. Wenn das Argument »*No taxation without representation*« nicht die demokratische Substanz aufgeben will, die einmal seine Grundlage war, muss den neuen Zusammenhängen zwischen Globalisierung und Steuern Rechnung getragen werden.

Hinzu kommt: Internationale Steuern erfordern politische Kooperation. Durch politische Zusammenarbeit zwischen den Staaten, durch ein Netz von internationalen Vereinbarungen, die durch nationale Gesetzgebung flankiert sind, sowie institutionelle Arrangements könnten internationale Steuern erhoben und in globale Gemeinschaftsaufgaben investiert werden. Sie würden damit zu einem Kristallisationskern für demokratische *Global Governance*, d. h. globale Regulierung ohne globalen Staat. Bei gleichberechtigter Mitwirkung der Entwicklungsländer und der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, wie Gewerkschaften, soziale Bewegungen und NGOs wäre die Kooperation ein Beitrag zur Demokratisierung des Globalisierungsprozesses.

Mit Steuern kann man steuern

Hinzu kommt aber ein weiterer, mindestens ebenso bedeutender Vorteil: Steuern haben bekanntlich nicht nur die Funktion, Geld aufzutreiben, sondern sie verfügen oft auch über eine Lenkungsfunktion. D. h. es können ökonomische oder gesellschaftspolitische Ziele damit verfolgt werden. Ökonomisch formuliert – negative Externalitäten können beseitigt oder kompensiert werden, bzw. positive Externalitäten können erzeugt werden.

Zwar ist dabei zu berücksichtigen, dass ein erfolgreicher Lenkungseffekt auch zu einem Sinken des Steueraufkommens, tendenziell sogar zu seinem völligen Wegfall führen kann. Wenn dies nicht angestrebt ist bzw. neue negative Externalitäten entstünden, muss eine erwünschte Balance zwischen Lenkungswirkung und Steueraufkommen hergestellt werden. Auch mit internationalen Steuern können solche Lenkungseffekte erzielt werden, z. B. durch eine Luftverkehrssteuer der Verbrauch von Flugbenzin gesenkt oder Emissionen reduziert werden.

Zweckbindung als Moment von Legitimität

Last but not least kann eine Zweckbindung der Einnahmen aus internationalen Steuern für Ziele, die über eine hohe moralische Autorität verfügen, die Akzeptanz internationaler Steuern erhöhen. Dies ist der Grund, warum Befürworter internationaler Steuern, wie der französische Präsident Chirac, die Steuereinnahmen zur Finanzierung der Millenniums Entwicklungsziele (MDGs) verwenden wollen (United Nations 2004).³

Die Frage der Zweckbindung stellt sich bei nationalen Steuern normalerweise nicht. Denn eines der fundamentalen Prinzipien der Steuerpolitik ist es, Steuereinnahmen gerade nicht an einen bestimmten Verwendungszweck zu koppeln. Dafür gibt es auch einen guten Grund: Viele steuerfinanzierte Aufgaben, die langfristig und dauerhaft anfallen, wären gefährdet oder könnten nur unzureichend erfüllt werden, wenn sie von den immer mal wieder auftretenden Schwankungen beim Aufkommen einzelner Steuern abhängig wären.

Dennoch gibt es inzwischen auch bei nationalen Einkommensteuern Ausnahmen von diesem Prinzip. So werden z. B. die Einnahmen aus der deutschen Ökosteuer für Sozialausgaben verwendet. Auch ein Teil der Beiträge der EU-Mitgliedsländer zur Finanzierung der Gemeinschaftsinstitutionen werden zweckbestimmt aus einem Anteil der Mehrwertsteuer finanziert. Ebenso enthält die staatlich erhobene Kirchensteuer in Dänemark, Deutschland und der Schweiz das Moment der Zweckbindung.

Steuervorschläge

Der populärste Vorschlag für internationale Steuern ist der des Wirtschaftsnobelpreisträgers James Tobin. Der Grundgedanke geht bereits auf Keynes zurück. Das Konzept und verschiedene Varianten sind auch am differenziertesten ausgearbeitet worden. Jüngere Studien haben rechtliche und technischen Aspekte so weit ausgearbeitet, dass die CTT in der Variante einer zweistufigen Steuer (Spahn 2002) praktisch reif für die Implementierung wäre, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre (Jetin/Denys 2005)

In der Eurozone sind die Aussichten für die CTT deutlich günstiger geworden. Der Kreis der Befürworter wird immer größer. Dazu gehören u. a. Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz, der ehemalige Großspekulant George Soros, die französische Nationalversammlung, das belgische Parlament und der französische Präsident Chirac. Auch der ehemalige deutsche Bundeskanzler und der österreichische Kanzler und Bundespräsident haben die CTT befürwortet.

Umweltsteuern

Ökosteuern spielen in der Diskussion um innovative Finanzinstrumente schon seit Längerem eine Rolle. Bereits auf der ersten internationalen Umweltkonferenz 1972 in

Stockholm wurden globale Steuern vorgeschlagen. Bei Umweltsteuern wird die Logik internationaler Besteuerung leicht einsichtig:

- Viele Umweltprobleme sind per se internationaler bzw. globaler Natur und lassen sich in nationalstaatlichem Rahmen allein nicht bearbeiten. Von daher ist auch ein internationaler Finanzierungsmechanismus nahe liegend;
- Ökonomisch gesehen sind Umweltschäden negative Externalitäten. D. h. sie verursachen Kosten, für die die Verursacher aber nicht aufkommen. Mit einer Steuer oder Abgabe werden diese Kosten internalisiert, indem die Verursacher dieser Kosten – wenigstens teilweise – zur Finanzierung herangezogen werden;
- Viele Umweltgüter sind globale öffentliche Güter. Sie sind daher auch öffentlich, d. h. durch Steuern zu finanzieren.

CO₂-Steuer

Einer der ältesten und zugleich populärsten Vorschläge für eine Ökosteuer ist der einer CO₂-Steuer. Im Vordergrund steht dabei die Lenkungswirkung, d. h. die Reduktion des wichtigsten Treibhausgases. Unter dem Druck der Klimaveränderung schien die CO₂-Steuer bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein gute Aussichten auf Verwirklichung zu haben. Mit dem Kyoto-Protokoll setzte sich dann allerdings das Konzept handelbarer Verschmutzungsrechte durch. Dessen Funktion war es nicht zuletzt, eine CO₂-Steuer abzublocken. Nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16. Februar 2005, könnte sich die Situation ändern. Denn zum einen steht fest, dass die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls, selbst wenn sie verwirklicht würden, bei Weitem nicht ausreichen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Zum anderen ist noch nicht klar, wie überhaupt die Klimaschutzstrategie in den nächsten Jahren aussehen soll. Möglicherweise ist dies eine günstige Gelegenheit, u. a. mit der CO₂-Steuer in die Lücke vorzustößeln.

Besteuerung und Nutzungsentgelte im Luftverkehr

Demgegenüber ist eine Besteuerung des Luftverkehrs in Form einer Ticketabgabe von einigen Regierungen, darunter die Frankreichs, bereits an die Spitze der Agenda gerückt worden. Der Luftverkehr ist ausdrücklich vom Kyoto-Protokoll ausgenommen. Damit würden sich entsprechende Maßnahmen als Ergänzung zu Kyoto anbieten. Auch die Kerosinsteuer wird immer wieder als Kandidat für eine internationale Erhebung genannt. Allerdings bestehen hier beträchtliche völkerrechtliche Probleme, da in über hundert bilateralen Verträgen die Steuerfreistellung von Kerosin vereinbart ist. Diese Probleme stellen sich bei der Besteuerung von Flugtickets nicht.

Bei einem Steuersatz von 5% auf Erste und Zweite Klasse-Tickets errechnet der Landau-Report bei globaler Einführung ein Aufkommen von 8 Mrd. US\$ (Landau 2004, 84). Allerdings ist der ökologische Lenkungseffekt dieser Steuer sehr gering. Er würde sich nur einstellen, wenn weniger geflogen wird. Das ist bei dem geringen Steuersatz nicht zu erwarten.

Im Gespräch sind auch eine Steuer auf Flugzeugemissionen, Abgaben auf die Nutzung von Luftkorridoren, die Besteuerung der maritimen Schifffahrt, auf Emissionen und Gefahrgütertransporte sowie Nutzungsabgabe für Meerengen (WGBU 2002).

Steuern mit ökonomischer Lenkungswirkung

Neben der CTT ist eine ganze Reihe anderer Steuern mit ökonomischer Lenkungswir-

kung in der Debatte, so z. B. die Besteuerung Transnationaler Konzerne. Eine solche Steuer hatte eine große Steuerbasis. Gegenwärtig werden 860 Mrd. US\$ Steuern von TNCs erhoben (Landau 2004, 93). Bei einer generellen Anhebung um nur 5% würden bereits 43 Mrd. US\$ Aufkommen generiert. Diese Steuer wäre technisch leicht zu erheben, denn Steuern für TNCs existieren bereits, und sie verfügte über ein hohes Maß an Verteilungsgerechtigkeit (Cossart 2005). Zu den problematischen Seiten gehört, dass eine regionale Einführung schwierig ist, weil daraus Wettbewerbsnachteile für die davon betroffenen Unternehmen resultieren, die Einkünfte konjunkturell bedingt stark schwanken können und der politische Widerstand gegen eine solche Steuer angesichts des großen Einflusses der TNCs und ihrer Lobby auf Politiker und die Medien sehr groß ist.

Besteuerung des Bankgeheimnisses und von Offshore-Zentren

Im Landau-Report heißt es unter der Überschrift *Banktransparenz als öffentliches Gut* dazu treffend: »Das Bankgeheimnis entspricht strikt der Definition dessen, was die Wirtschaftstheorie als negative Externalität bezeichnet. Die Ausübung eines Rechtes, das ein Land für legitim hält, führt für andere zu Kollateralschäden.« (Landau 2004, 96). Sicher fände dieser Vorschlag eine hohe Akzeptanz, wenn eine Regierung den Mut fände, hier den Vorreiter zu spielen.

Eine ganze Reihe weiterer innovativer Vorschläge für internationale Besteuerung ist in der Diskussion, meist noch im Stadium von Ideen, verbunden mit groben Schätzungen. Das spricht nicht gegen diese Ideen. Sie sollten weiter entwickelt und im Gespräch gehalten werden. Dazu gehören Steuern auf den Handel mit Aktien und/oder Anleihen oder auf Portfolioinvestitionen. Portfolioinvestitionen sind zum überwiegenden Teil Kurzfristinvestitionen, d. h. sie haben eine Laufzeit von weniger als sieben Tagen. Die meisten sind spekulativer Natur.

Weitere Besteuerungsmöglichkeiten sind Direktinvestitionen und der E-Commerce. Exotisch klingen die Besteuerung des erdnahen Weltraums für Satellitennutzung oder die Besteuerung des elektromagnetischen Spektrums. Tatsächlich handelt es sich im Prinzip um nichts anderes als die Bewirtschaftung des öffentlichen Raums, wie sie bei jeder Parkuhr praktiziert wird.

Politische Erfolgsbedingungen

Seit 2004 gibt es eine unübersehbare Verdichtung der Diskussion über innovative Finanzierungsinstrumente, darunter über internationale Steuern (Sachs 2005). Die Forderung nach Innovation wird nicht mehr nur aus der Zivilgesellschaft, von kritischen Wissenschaftlern und linken Politikern und Parteien erhoben. Eine neue Qualität ist vielmehr, dass mit dem Beschluss des belgischen Parlaments erstmals ein ausformuliertes Gesetz für die CTT vorliegt. Eine wachsende Zahl von Studien, z. T. in staatlichem Auftrag oder im Auftrag internationaler Organisationen, bestätigen die Machbarkeit und Wünschbarkeit internationaler Steuern und tragen damit zur Erhöhung des politischen Drucks bei (Wahl 2005). Selbst IWF und Weltbank können sich der Debatte nicht mehr entziehen. Auf der jüngsten Frühjahrstagung stand das Thema auf der Tagesordnung (Weltbank 2005).

Instrumente nicht gegeneinander ausspielen

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die Ticketsteuer bald eingeführt würde. Bei der

UN-Vollversammlung 2005 haben Frankreich und Chile eine entsprechende Ankündigung gemacht. Einige EU-Staaten, darunter die Niederlande und Deutschland haben ebenfalls Sympathie dafür. Dabei spielt auch die taktische Überlegung eine Rolle, dem Druck für eine Devisensteuer den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die unterschiedlichen Steuerarten sollten aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Ticketsteuer ist ohnehin zu gering, um damit einen nennenswerten Beitrag zur Entwicklungsfianzierung zu leisten, geschweige denn, dass sie eine ökologische Lenkungswirkung hätte. Es braucht dann immer noch die CTT mit ihrem großen Aufkommenspotenzial. Und umgekehrt macht eine CTT nicht die ökologischen Lenkungseffekte einer Luftverkehrssteuer überflüssig.

Im Ancien Régime hatten die herrschenden Klassen, Adel und Klerus, keine Steuern zu zahlen. Die Tatsache, dass nur der »Dritte Stand« steuerpflichtig war, wurde zu einer der wichtigsten Triebkräfte der französischen Revolution. Auch die Entstehung der USA ist mit einem steuerpolitischen Anlass verbunden: Bei der Boston Tea Party warfen Bürger britischen Tee ins Wasser, weil die Abgaben an die britische Krone zu hoch waren. Der Steueraufstand war das Signal zur Unabhängigkeit Neu-Englands. Auch wenn man nicht gleich in Kategorien des Sturms auf die Bastille denkt, das Thema hat auch heute noch eine enorme politische Sprengkraft. Eine gute Idee, sagte Schopenhauer, durchläuft immer drei Phasen – in der ersten wird sie für idiotisch erklärt, in der zweiten heftig bekämpft, und in der dritten implementiert. Mit internationalen Steuern sind wir zwischen Phase zwei und drei.

Literatur

- BIZ, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2005) Triennial Central Bank Survey of Foreign Exchange and Derivatives Market Activity in April 2004, Basel
- Cossart, Jacques (2004) International Taxation: A Resource for Global Public Goods, Beitrag auf einem Workshop von WEED, Liberdade Brazil und Heinrich Böll Stiftung, Sao Paulo 2004.
- Giegold, Sven (2003) Steueroasen trockenlegen, ATTAC Basis Texte, Hamburg
- Habermas, Jürgen (1998) Die postnationale Konstellation, Frankfurt/M.
- Haq, Mahbub ul/ Kaul, Inge/ Grunberg, Isabelle (1996) The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility, New York/ Oxford
- Jetin, Bruno/ Denys, Lieven (2005) The Case for the CTT. Hg. WEED. Berlin
- Kapoor, Sony (2004) A Rebuttal of Objections to the Spahn Version of the Currency Transaction Tax (Tobin Tax), London
- Landau, Jean Pierre (2004) Les nouvelles contributions financières internationales, Rapport au Président de la République, Paris
- OECD (2003) Revenue Statistics 1965–2002. Paris
- Paul, James A./ Wahlberg, Katarina (2001) Globale Steuern für globale Aufgaben, WEED-Arbeitspapier, Bonn
- Sachs, Jeffrey (2005) Investing in Development. A practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals, Report to the UN Secretary General, Washington
- Spahn, Paul Bernd (2002) Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frankfurt/M.
- United Nations (2004) Rapport du groupe technique sur les mécanismes innovants de financement, Genf
- Wahl, Peter (2005) Internationale Steuer . Globalisierung regulieren, Entwicklung finanzieren. Berlin
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen – WBGU (2002) Entgelte für die Nutzung Globaler Gemeinschaftsgüter, Berlin

Weltbank/ IWF (2005) Moving Forward: Financing Modalities Toward the MDGs, Draft
 Report for Development Committee Meeting – April 17 2005, SecM2005-0125, Washington
 WTO (1998) Electronic Commerce and the Role of the WTO. Special Studies 2, Genf

Anmerkungen

- 1 Das gilt selbst für die EU, wo der Prozess supranationaler Integration vergleichsweise schon sehr weit fortgeschritten ist. Das europäische Parlament verfügt noch nicht über die vollen Rechte nationaler Parlamente.
- 2 Natürlich sind nicht alle Steuerverluste globalisierungsbedingt. Da Steuern ein zentrales Verteilungsinstrument sind, findet Umverteilung über Steuern je nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen statt. Da in den letzten 20 Jahren die Globalisierung generell die Kapitalinteressen gestärkt hat, findet so über die neoliberalen Steuerpolitik der Regierungen eine permanente Umverteilung von unten nach oben statt.
- 3 Unberührt davon bleibt, dass die MDGs aus kritischer Sicht hochproblematisch sind (s. Wahl 2005)



Den »Sozialismus« jeden Monat neu:
 das gibt es nur bei uns!
 Dazu jeden zweiten Monat
 ein Supplement inklusive.
 Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,-
 €/Jahr (bei Versand ins Ausland:
 77,50 €); zum Kennenlernen: 3 Hefte
 zum Probeabo-Preis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: unsere Homepage

www.Sozialismus.de

Bestellen: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6,
 D-20099 Hamburg, Tel. 040/28050566, redaktion@sozialismus.de

»Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert.« (Marx)

Unser Angebot:

- aktuelle Kommentare zum Zeitgeschehen
- Argumente gegen den Neoliberalismus
- Widerstandslinien der gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen
- nachgefragt: Interviews
- Blick über den Tellerrand: Krise Europas und US-Imperialismus
- Theorie- und Programmdebatte: Perspektiven der Sozialdemokratie, Neugründung der Linken, Überakkumulation und Finanzmarktkrisen, Globalisierung und Gouvernamentalität
- Besprechung neuer politischer Literatur